Der Briefwechsel Ferdinand Meyers mit Johann Caspar Hess : ein Beitrag zur Geschichte Zürichs in der Regenerationszeit

Autor(en): **Largiadèr, Anton**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zürcher Taschenbuch**

Band (Jahr): **70 (1950)**

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-985382

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der Briefwechsel Ferdinand Meyers mit Johann Caspar Heß.

Ein Beitrag zur Geschichte Zürichs in der Regenerationszeit.

Mitgeteilt von Anton Largiadèr.

Von dem Gedankenaustausch zwischen Ferdinand Meyer in Zürich — dem Vater C. F. Meyers — und Johann Caspar Heß in Genf haben sich sieben Briefe erhalten. Ich teile sie den Lesern des Taschenbuches mit, da sie die schon mehrfach in unserer Reihe erschienenen zeitgenössischen Berichte über zürcherische Zustände in den Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts aufs beste ergänzen.

Der Zürcher Politiker und Gelehrte Ferdinand Meyer-Ulrich hatte als Sohn des Fabrikanten und Obersten Johann Jakob Meyer im Jahre 1799 das Licht der Welt erblickt. Bei seinem Vater, der bis 1819 das Amt eines Oberamtmannes zu Grüningen bekleidete, wurde der begabte und für Staatswissenschaft und Geschichte interessierte junge Zürcher in die öffentliche Verwaltung eingeführt. Die Geschichte und ihre Erforschung blieben ihm, der als Student Ranke gehört hatte, das liebste Arbeitsgebiet. Ferdinand Meyer hat durch sein zweibändiges Werk „Die Evangelische Gemeinde in Locarno, ihre Auswanderung nach Zürich und ihre weitern Schicksale" (Zürich 1836) wie auch durch die Untersuchung „Mißlungener Versuch, das Hochstift Chur zu säkularisieren, 1558—1561" (Schweiz. Museum 1838—1839) zwei heute noch gültige Werke geschaffen. Die Universität Zürich verlieh ihm 1836 in

Ferdinand Wagner

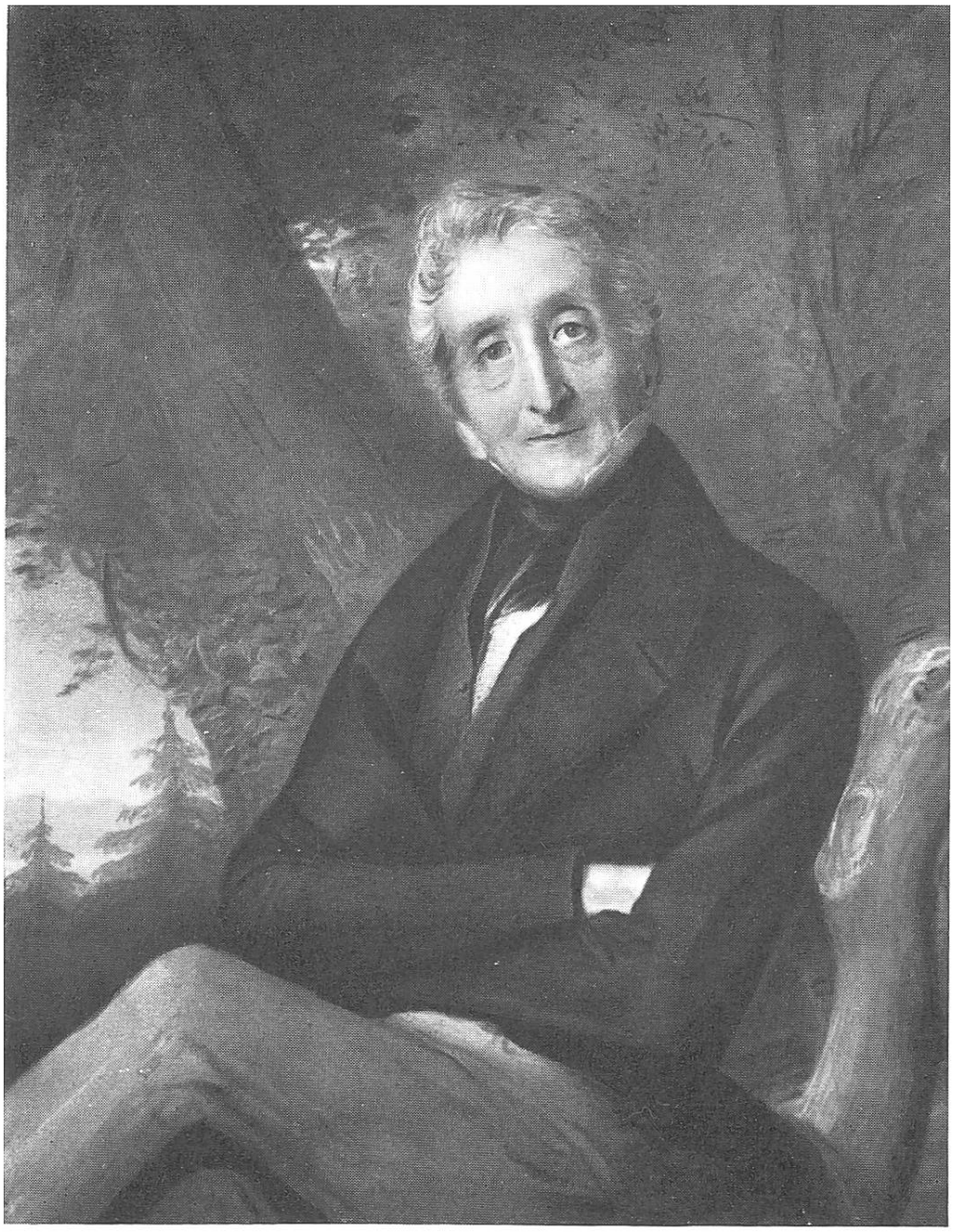
Anerkennung seiner wissenschaftlichen Tätigkeit und seiner Förderung des Unterrichtswesens der Republik Zürich den Titel eines Dr. phil. honoris causa.

Meyers Anteil an den Umgestaltungen der 1830er Jahre ist beträchtlich. Nach Studien an den Universitäten Berlin und Göttingen und nach einem Aufenthalt in Lausanne wandte er sich der öffentlichen Laufbahn in Zürich zu, indem er das Sekretariat der Justizkommission übernahm. Er wurde dritter Staatsschreiber, gegen Ende der Zwanzigerjahre Mitglied des Großen Rates und gehörte zur Gruppe der städtischen Intellektuellen, welche gegenüber dem patriarchalischen Regiment der Restaurationszeit entschiedene Reformen anstrebten. Eine Professur am Politischen Institut, wo er Staatsrecht und Politik las, gab ihm Gelegenheit, seine umfassende historische und juristische Bildung der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Zusammen mit Melchior Hirzel gehörte er 1829 der Kommission für die Revision des Reglementes für den Großen Rat an und hat wohl die neuen Satzungen wie auch den beleuchtenden Bericht dazu in der Hauptsache selbständig verfaßt. Dem Großen Rate wurden dadurch viel größere Kompetenzen als bisher zugestanden. Damit war in die überragende Stellung des Regierungsrates eine Bresche geschlagen. Auch das liberale zürcherische Pressegesetz befürwortete Meyer aufs eifrigste und als Mitglied der obersten Erziehungsbehörde hatte er maßgebenden Einfluß auf die Gründung der Universität. Vor allem war sein Streben auf Publizität der Staatsverwaltung gerichtet, und in diesem Zusammenhange veröffentlichte er 1829 im Archiv für schweizerische Geschichte und Landeskunde eine umfangreiche Studie „Über das Finanzwesen des Kantons Zürich“, die durch eine allgemeine Aussprache im Großen Rate über die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts des Staatshaushaltes hervorgerufen worden war. Die ruhige, abwägende Art Meyers, sein republikanisches Pflichtgefühl und seine genauen Kenntnisse der Staatsverwaltung kommen in diesem Aufsatz so recht zur Geltung. Als Verfasser „bildet er sich nicht ein, von Befangenheit oder Einseitigkeit frey zu seyn, und wird jeder gründlichen Berichtigung ein offenes Ohr leihen; aber wichtig scheint ihm, daß das Recht des Republikaners, Gegenstände des allgemeinen Wohls öffentlich zur Sprache zu bringen, auch einmal auf diesem Zweig unserer

Staatsverwaltung Anwendung finde. Anzuregen, nicht zu belehren, ist des Verfassers nächster Zweck". Dem 1831 erneuerten Regierungsrate gehörte er bis zum März 1832 an, als er mit den Bürgermeistern von Wyß und von Muralt und weiteren fünf Regierungsräten zurücktrat, da die überhandnehmende radikale Strömung im Großen Rate ihre Billigung nicht fand. Daran trug hauptsächlich der Beschluß der Volksvertretung Schuld, wonach die Bildung eines besonderen liberalen Schutzvereins, des sog. Bassersdorfervereins, gestattet wurde, während der Regierungsrat das Verbot solcher Vereine wünschte. Die brieflichen Äußerungen Meyers erlauben uns, seine politische Stellungnahme klar zu bestimmen: Unentwegtes Eintreten für den Fortschritt, aber Ablehnung aller radikalen Tendenzen. Er und seine Freunde gehörten zu einer Mittelgruppe zwischen Konservativen und Liberalen, die sich selbst als „Juste-Milieu" bezeichnete.

In der Folgezeit wirkte Ferdinand Meyer als Lehrer der Geschichte und der Geographie an der Kantonsschule, behielt aber daneben seine Mitgliedschaft im Großen Rate und im Erziehungsrate des Kantons Zürich bei. Nach dem Sturz der radikalen Regierung im September 1839 und der Neubestellung der Behörden trat Meyer aufs neue in den Regierungsrat und übernahm den Vorsitz des Erziehungsrates. Allein schon im Mai des folgenden Jahres erlag er den übermächtigen Anstrengungen seiner Arbeit, denen seine zarte Konstitution nicht gewachsen war. Der politische Kampf war für diese vornehme Natur nicht das eigentliche Feld der Betätigung und Meyer war immer bemüht, eine vermittelnde Haltung einzunehmen, wie er sich in einem Briefe an Johann Caspar Bluntschli vom September 1831 aussprach: „Wir sehen einer unglücksvollen Zeit entgegen; aber wie sich auch die Umstände gestalten, stets werde ich der Ansicht treubleiben, daß nur in der Mäßigung, in der Versöhnlichkeit, in gegenseitiger Annäherung das Heil und die Rettung zu finden sei."

Der andere Partner dieses Briefwechsels war Johann Caspar Heß, Bürger von Zürich (1772—1847). Er war der Sohn des Pfarrers Jakob Heß zu Thalwil, der früher die Stelle eines reformierten Schloßpredigers zu Hauptwil im Thurgau versehen hatte und der mit einer Schwester des Schriftstellers Heinrich Meister von Zürich verheiratet war. Er soll sich als



J. G. Höfs

Gegner der helvetischen Revolution zahlreiche Feinde in Thalwil zugezogen haben, so daß er 1798 die Pfarrstelle am Pfrundhaus zu St. Jakob an der Sihl bei Zürich annahm. Der Sohn Johann Caspar wurde 1793 zum Pfarramt ordiniert, übte aber diesen Beruf nie aus. Er vikarisierte gelegentlich bei seinem Vater und trieb daneben eine ausgedehnte Lektüre antiker und neuerer Schriftsteller, die ihn als einen Schüler des hervorragenden Zürcher Philologen Steinbrüchel kennzeichnen. Ein lateinisches Lebensbild dieses seines Lehrers übertrug er ins Deutsche. Heß begab sich 1797 als Hauslehrer nach Lausanne, wo er durch Vermittlung seines Oheims Meister die Hauslehrerstelle bei den Söhnen von Madame Rilliet-Huber übernahm und sich dauernd in der welschen Schweiz ansiedelte. Später lebte er in Genf und erwies sich als Übersetzer von Johannes von Müllers Schweizergeschichte und einzelner Dramen von Schiller als einer jener sprachgewandten Zürcher, wie sie das 18. und das beginnende 19. Jahrhundert mehrfach hervorgebracht haben. Er zeichnete sich als Philhellene aus und war auch führendes Mitglied der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft. Seine 1810 in Genf erschienene Schrift „Vie de Ulrich Zwingle, réformateur de la Suisse“ erschien in deutscher Übertragung nebst einem literarisch-historischen Anhang von Leonhard Usteri in Zürich 1811.

Man wird die Lücke bedauern, welche in der Reihenfolge der Briefe Ferdinand Meyers besteht, sie erklärt sich aber durch die von ihm selbst ausgesprochene Bitte, einzelne seiner Zuschriften mit allzu subjektiven Urteilen über zürcherische Zustände und Personen zu vernichten. Diesem Wunsche ist Heß nachgekommen; um so wertvoller ist der erhaltengebliebene Bestand, dessen Inhalt uns in die bewegten Auseinandersetzungen der Dreißigerjahre des letzten Jahrhunderts hineinführt.

Johann Caspar Heß, der unverheiratet geblieben war, verwaltete die ihm durch Erbschaft zugekommenen Schriften und Bücher seines Onkels Heinrich Meister (1744—1826). Aus Heßens Besitz gingen diese um seinen eigenen Nachlaß vermehrten literarischen Schätze an seinen Großneffen und Patenkind Paul Reinhart-Sulzer über, den Sohn des Ehepaares Caspar und Bertha Juliane Reinhart-Heß in Winterthur. Dem jetzigen Besitzer dieses literarischen Nachlasses, Herrn Dr. Albert Reinhart in Winterthur, danke ich für die Über-

lassung der Briefe aufs herzlichste. — Die Briefe von J. C. Heß (er unterschreibt mit den Vornamen Jean-Gaspard) liegen im C. F. Meyer-Nachlaß auf der Zentralbibliothek Zürich[1]).

*

J. C. Heß an Ferdinand Meyer.

Genf, den 2. September 1832.

Empfangen Sie meinen wärmsten Dank, verehrtester Herr, für Ihren so reichhaltigen und interessanten Brief, der mir über die letzte Sitzung des Großen Rathes[2]) und die Lage der Dinge in unserem Kanton wichtige Aufschlüsse, obwohl nicht sehr befriedigende, gibt.

Ihrem Wunsche gemäß theilte ich Ihren Brief Herrn Syndic Fatio[3]) mit, welcher ihn ebenfalls mit großem Interesse las. Leider hat dieser würdige Mann seit mehr als drei Wochen mit heftigen Nervenkopfschmerzen zu kämpfen, ein Übel, dem er unterworfen ist und das ihm jede Arbeit unmöglich macht. Auch ist er seit Wochen nicht in die Stadt gekommen. Wie ich von seiner Frau höre, die ich kürzlich sah, so ist das Übel an sich nicht gefährlich, aber die Ärzte wissen gar kein Mittel, dasselbe zu heilen oder auch nur zu lindern: die Zeit allein kann da helfen.

Über den Inhalt Ihres Briefes hätte ich mancherlei zu bemerken; ich will es aber lieber auf mündliche Unterredung versparen; noch diese Woche hoffe ich in Zürich einzutreffen und werde es mir angelegen sein lassen, Sie dort aufzusuchen.

Seit gestern beschäftigt uns auf peinliche Weise die durch die Lausannerzeitung uns zugekommene Kunde von einer in

---

1) Ms. C. F. Meyer 380.12.

2) Der Große Rat hatte sich vom 6. bis zum 10. August unter dem Vorsitz von Prof. Friedrich Ludwig Keller, dem eigentlichen Lenker des regenerierten Kantons Zürich, versammelt und umfassende gesetzgeberische Arbeit geleistet: Gesetze betr. die Militärorganisation, betr. die militärische Polizeiwache der Stadt Zürich, betr. die Stillstandsordnung; Beratschlagung über eine Tagsatzungsinstruktion.

3) Guillaume Fatio (1775—1840), Syndic von Genf, mehrfach Tagsatzungsgesandter.

Bern entdeckten Verschwörung[4]), von Arrestation verschiedener Personen, unter denen ich keine bekannten Namen finde, von dadurch veranlaßter Verhörung vieler ungenannter Personen, von Truppen- und Artillerieversendung nach Burgdorf usw. Leider gibt es Mißvergnügte mit der gegenwärtigen Regierung, von denen sich alles mögliche befürchten läßt; sollten gewichtige Männer die Hand im Spiele haben, so entsteht daraus eine neue Verwicklung, die man nicht ohne Schrecken sehen kann. Wenn aber auch die angebliche Verschwörung nur von wenigen unbedeutenden und hirnlosen Köpfen ausgeheckt worden wäre, so ist nichtsdestoweniger zu besorgen, die radikale Parthei werde das Ereignis benutzen, um unser armes Land noch mehr in Feuer zu setzen. Noch weiß ich von keinen Privatbriefen, die nähere Umstände angeben: ich kann mich großer Besorgnisse nicht erwehren.

In den letzten acht Tagen haben hier die jährlichen Wahlen in den Gesetzgebenden Rath stattgefunden. Sie wissen vielleicht, daß durch die diesen Winter beschlossene Herabsetzung des Wahlcensus die Zahl der gesetzmäßigen Wähler vermehrt ward und ungefähr auf 3000 anstieg. Es fanden sich aber nur 1300 ein, ungefähr 50 mehr als voriges Jahr. Die Wahlen fielen meist gut aus und man kann sagen, daß die fortschrittlichen Veränderungen, welche seit 2 Jahren an dem Wahlgesetz gemacht worden sind, um es mit den gegenwärtigen Institutionen in Einklang zu bringen, oder wie vielleicht andere sagen würden, um es demokratischer zu machen, im Grunde an dem Resultat der Wahlen beynahe nichts verändert haben, wie es die einsichtsvollsten unserer Staatsmänner voraussahen und voraussagten. Zu wünschen wäre wohl, daß sich die Wähler zahlreicher einfänden, es läßt sich aber dies, aus leicht erklärlichen Gründen, kaum erzielen[5]).

Empfangen Sie nochmals meinen Dank und die Versicherung meiner wahren Ergebenheit.

J. G. Heß
Rue St-Germain No. 262

---

[4]) Es handelt sich um die sog. „Erlacherhofverschwörung", einen Vorstoß der patrizischen Kreise der Stadt Bern gegen die neue Regierung des Kantons Bern. Die Regierung blieb Herr der Situation, aber der Prozeß gegen die Verschwörer zog sich bis 1839 hin und war eine Quelle steter Beunruhigung.

[5]) Durch Verfassungsgesetz vom 24. Januar 1831 wurde die Gruppe der privilegierten Wähler im Art. 8, Tit. II der Genfer Kantonsverfassung abgeschafft.

J. C. Heß an Ferdinand Meyer.

Genf, den 16. Januar 1833.

Verehrtester Herr!

Gleich nach meiner Rückkehr nach Genf wollte ich Ihnen schreiben, um Ihnen mein Bedauern zu bezeugen, daß wir uns gegenseitig verfehlten und daß ich Sie während meines Aufenthalts in Zürich nur so kurze Augenblicke sah; späterhin war ich mehr als einmal auf dem Punkte, Sie an Ihr gütiges Versprechen zu mahnen, mir über die politische Lage unseres Kantons Aufschluß zu geben; wie es kam, daß ich beides so ungebührlich lange aufschob, das kann ich mir selber nicht erklären. An Stoff zu mancherlei Fragen fehlte es mir doch keineswegs; die Begebenheiten, welche sich seit unserer letzten Zusammenkunft zugetragen haben, bieten dergleichen nur allzuviel dar.

Man schreibt mir, die Wahlen bei dem periodischen Austritt der Hälfte des Großen Rathes seyen entweder auf die Austretenden oder auf solche gefallen, die mit denselben gleichen Geistes sind: dies bewiese allerdings, daß die allgemeine Stimmung immer noch die nämliche ist. Ich glaubte, der Drittheil des Regierungsrathes trete ebenfalls mit Ende des Jahres 1832 aus; es scheint aber nicht so; wenigstens las ich nichts davon in der Zürcherzeitung.

Der Entwurf der neuen Bundesverfassung[6]) beschäftigte wohl in Zürich wie anderswo alle Gemüther; was für einen Eindruck hat er wohl bey uns im Ganzen gemacht, und aus welchem Gesichtspunkt betrachtet man unter anderem den

[6]) Die Tagsatzung hatte im Sommer grundsätzlich die Revision des Bundesvertrages von 1815 beschlossen und eine besondere Kommission für die Beratung des Entwurfes ernannt. Der Entwurf einer „Bundesurkunde der Schweizerischen Eidgenossenschaft" erschien am 15. Dezember 1832 im Druck, begleitet von einem beleuchtenden Bericht aus der Feder des Genfer Professors und Tagsatzungs-Gesandten Pellegrino Rossi.

Die Übertragung dieses Berichtes ins Deutsche übernahm alt Regierungsrat Ferdinand Meyer: „Bericht über den Entwurf einer Bundesurkunde, erstattet an die eidgenössischen Stände von der Commission der Tagsatzung, beraten und beschlossen in Luzern, den 15. Christmonat 1832. Amtliche Übersetzung. Zürich, Februar 1833."

Auf diese Übersetzung, die in großer Eile erfolgen mußte, spielt der Brief Meyers vom 17. Februar 1833 an.

Artikel des beständigen Vorortes in Luzern? Ohne eben alle Artikel vollkommen zu billigen, scheint es mir doch, der Entwurf vereinige beinahe alle unter den gegenwärtigen Umständen erhältlichen Vortheile und vermeide alles, was unübersteigliche Hindernisse verursacht hätte. Kurz, ich kann nicht umhin zu glauben, daß, wenn er, wo nicht einstimmig, doch wenigstens mit großer Mehrheit der Kantone angenommen wird, die Eydgenossenschaft zu größerer Festigkeit und Wohlfahrth gelangen dürfte als noch nie. Sollten auch anfangs einige Kantone nicht einwilligen, so würde mich dies nicht sehr beunruhigen; sie würden wohl bald durch ihren eigenen Vortheil auf andere Gedanken gebracht werden. Aber wenn jede Kantonsregierung den Entwurf bekritteln und der eine dies, der andere jenes ändern wollte, dann wäre es nicht wohl möglich, zu einer Schlußnahme zu kommen.

Darf man nach den meisten Schweizerzeitungen urtheilen, so scheint es, der Entwurf sey ziemlich allgemein gut aufgenommen worden; nur Troxler[7]) und die Basler Zeitung stimmen in ihrem Tadel überein; hoffentlich werden aber doch ihre Deklamationen verhallen, ohne Anklang zu finden. Noch ist hier der Entwurf nicht berathen worden; der Kritik wird er gewiß nicht entgehen; aber doch glaube ich, er werde so, wie er ist, angenommen werden.

Sie wissen wohl schon, daß im Dezember an die Stelle der Herren Marbon und Gallatin, die beide gesundheitshalber ihre Demission nahmen, Herr Turrettini-Saladin und Herr Lullin zu Syndics gewählt worden sind; und doch war Herr Turrettini der entschiedenste Gegner des Amovibilität-Gesetzes[8]),

---

[7]) Paul Ignaz Vital Troxler (1780—1866), aus Beromünster, Dr. med., Arzt, Politiker und Philosoph. Professor in Basel, dort 1831 aus politischen Gründen entlassen, 1834—1853 Professor in Bern. Der Verfassungsentwurf, im wesentlichen eine Schöpfung der Liberalen, wurde von Troxler aufs schärfste bekämpft; namentlich wollte Troxler die Revisionsverhandlungen den Händen der Tagsatzung entreißen und sie einem Verfassungsrat übertragen. „Welch ein Wirkungskreis, welch eine Kraftentwicklung würde damit der Nation aufgehen! Dann, aber auch nur dann würden wir an Nationalerziehung und Hochschule denken können.“ Seine in verschiedenen Zeitungen erschienenen Artikel gab Troxler 1832 heraus: „Über Verderbnis und Herstellung der Eidgenossenschaft. In Reden an das Schweizervolk von Severus Pertinax“. Rapperswil 1832.

[8]) Am 5. August 1832 hatte der Große Rat des Kantons Genf beschlossen, daß die Staatsräte alle acht Jahre einer Wiederwahl sich zu unterziehen hätten.

ein neuer Beweis, daß man hier auch den Andersdenkenden Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Es wird Ihnen lieb sein, zu erfahren, daß Herr Fatio seine Geschäfte wieder betreibt, doch klagt er immer noch über Kopfschmerzen.

Darf ich Sie bitten, mich Ihrer verehrtesten Gattin und Schwieger[9]) bestens zu empfehlen.

Ihr ergebenster
J. G. Heß.

Ferdinand Meyer an Johann Caspar Heß, Genf.

Zürich, 17. Februar 1833.

Hochzuverehrender Herr.

Ich dürfte mich nicht mehr vor Ihnen blicken lassen, könnte ich nicht hoffen, Herr Staatsrath Le Fort[10]) werde Ihnen meine vorläufige Entschuldigung gemeldet haben. Ihre freundschaftlichen Zeilen vom 16. v. M. trafen mich gerade mitten an der Übersetzung des Rossi'schen Commissional-Berichtes an. Damals hatte ich keinen Augenblick, um an etwas anderes zu denken; denn Herr Bürgermeister Hirzel stand immerfort, wie der Cherub mit dem Flammenschwerte, hinter mir, um die Arbeit zu beschleunigen. Daneben brauchte ich nur die Worte „Hochschule, Erziehungsrath, Großer Rath, Instructionscommission" auszusprechen, um eine ganze Reihe von Entschuldigungsgründen aufzustellen; Sie werden mir aber solche gern erlassen.

Mit dem Fall unserer Schanzen, der Regeneration unserer Unterrichtsanstalten und den Berathungen über den Bundes-

[9]) Frau Anna Cleophea Ulrich, geb. Zeller (1773—1843), stammte aus dem Balgrist in der Gemeinde Hirslanden bei Zürich. Sie war die Witwe Johann Konrad Ulrichs (1761—1828), eines ausgezeichneten Zürcher Bürgers, der sich als Begründer der Taubstummenfürsorge verdient gemacht hatte, helvetischer Regierungsstatthalter war und später dem Obergericht angehörte. Vgl. Adolf Frey, Conrad Ferdinand Meyer, sein Leben und seine Werke, 4. Aufl., Stuttgart-Berlin 1925, S. 16—20.

[10]) Staatsrat Jean Louis Lefort aus Genf (1786—1874).

vertrag scheint sich die Stellung der Parteyen in unserem Canton wieder etwas geändert zu haben[11]). Ich will versuchen, Ihnen dieselbe, so wie sie mir vorkommt, zu schildern. Zuvor aber noch Einiges über das Frühere. Durch die neuen Wahlen ist der Große Rath eher noch etwas schlimmer geworden als zuvor. Das „Juste-Milieu" hat einige Mitglieder verloren und dafür nur zwey tüchtige Männer gewonnen, Herrn Gysi-Schinz und Herrn Hürlimann-Landis von Richterschweil[12]). Unter den neuen Mitgliedern von der radicalen Seite befindet sich der Doctor Schmid[13]) von Richterschweil, der uns schon öfter durch seine possierliche Beredsamkeit belustigt hat. Er scheint mehr ein Phantast und Windbeutel als ein raffinirter Demagoge zu seyn. Unter den neuen Verfechtern der städtischen Interessen hat seither der Stadtrath Eduard Ziegler[14]) einiges Aufsehen gemacht; er ist ein Mann von Charakter, aber ohne den Geist seines Vaters, des Generals, und ohne wissenschaftliche Bildung. Die Brandstiftung in Uster hat dem Vereinswesen einen derben Stoß versetzt[15]). Man fängt an einzusehen, daß das

[11]) Durch Vertrag zwischen Stadt und Kanton in der Mediationszeit waren die Festungsanlagen der Stadt Zürich, die sog. „Schanzen", an den Kanton übergegangen. Die Niederlegung derselben wurde in den Dreißigerjahren eine politische Streitfrage: die Radikalen und die Vertreter der Zürcher Landschaft verlangten den Abbruch der Schanzen als eines „Bollwerkes der Aristokratie". Nach erregter Debatte beschloß der Große Rat am 30. Januar 1833 die Niederlegung der Schanzen. Diese Maßnahme trug nicht wenig zum Widerstand der Stadt Zürich gegen die Neuordnung der Dinge und gegen die von Keller, Hirzel usw. geleitete Politik bei.

In den Jahren 1833 und 1834 war Zürich eidgenössischer Vorort und es amteten als Tagsatzungspräsidenten die Bürgermeister Joh. Jakob Heß und Konrad Melchior Hirzel.

[12]) Heinrich Gisi (1803—1878), Stadtschreiber von Zürich; Joh. Jak. Hürlimann-Landis (1796—1853), Fabrikant in Richterswil, Haupt der Bewegungspartei des Jahres 1839, Präsident des sog. „Zentralkomitees". — Am 4. und 5. November 1832 hatten die Erneuerungswahlen der einen Hälfte des Großen Rates stattgefunden.

[13]) Dr. med. Johannes Schmid von Richterswil (geb. 1801).

[14]) Oberst Paul K. Ed. Ziegler (1800—1882), später Stadtpräsident von Zürich, bewährte sich 1839 als Platzkommandant von Zürich; er war 1840 bis 1866 Mitglied des Regierungsrates, 1847 Divisionskommandant auf seiten der eidgenössischen Truppen.

[15]) Anläßlich der Erinnerungsfeier des Ustertages waren am 22. November 1832 die Fabriken von Corrodi & Co. in Ober-Uster in Brand gesteckt worden. — Die Anspielung auf das Vereinswesen bezieht sich auf den sog. „Bassersdorfer Verein", gegründet im Februar 1832 zum Schutze der liberalen Errungenschaften.

Beyspiel solcher Associationen gefährlich werden kann. Auch der Erdapfelverein in Wädenschweil hat Manchen stutzen gemacht. Wenn diejenigen, die sich zu den Aufgeklärten zählen, den Behörden dadurch imponiren wollen, daß sie sich in Massen organisiren und vereint petitioniren: warum soll der gemeine Mann es nicht auch thun dürfen? Aber damit ist den Reichen nicht gedient; bey ernstlichen Collisionen würden sie wohl den kürzern ziehen. Das scheinen sie zu empfinden; auf den frühern Rumor ist daher anhaltendes Stillschweigen eingetreten. Nur der hiesige Verein gibt dann und wann ein Lebenszeichen von sich. Vom Erziehungsrathe verlangte er jüngst die Anstellung Troxlers[16]) an der Hochschule, und vor einigen Tagen hat er mit Mehrheit die Bundesurkunde verworfen und unmittelbar darauf den Vieharzt Michel zu seinem Präsidenten gewählt. Der Staatsanwalt Ulrich und der Kirchenrath Wilhelm Füßli[17]) bilden in demselben die aristokratische Opposition. — Die Schanzenfrage hat in der letzten Zeit wenig Sensation mehr gemacht. Hätten die Häupter der herrschenden Partey ein wenig mehr Tact, so würden sie sich bey diesem Anlasse überzeugt haben, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, dergleichen Fragen nicht Knall und Fall zu entscheiden, sondern sie einige Monathe hindurch discutiren zu lassen. Wenige trauern aufrichtig über den Verlust der Schanzen. Manche — ich zähle mich zu diesen — haben aus Gewissenhaftigkeit für deren Beybehaltung gestimmt, weil Männer, wie Guiguer, Dufour und Hirzel[18]), ihre militärische Wichtigkeit mit triftigen Gründen dargethan haben; aber da nun die Mehrheit das Gegentheil beschlossen hat, freuen wir uns nichtsdestoweniger der Vortheile, die aus dieser Veränderung für die Stadt und den Canton unzweifelhaft hervorgehen werden.

---

[16]) Die Petenten stellten das Gesuch, Troxler eine Professur für praktische und theoretische Philosophie zu übertragen, um ihm für die politischen Maßregelungen in Luzern und Basel eine Genugtuung zu verschaffen. E. Gagliardi, Die Universität Zürich 1833—1933 und ihre Vorläufer, Zürich 1938, S. 210.

[17]) Staatsanwalt David Ulrich (1794—1844) und Oberrichter Wilhelm Füßli (1803—1845) waren beide überzeugte Anhänger der von Prof. Friedrich Ludwig Keller geleiteten radikalen Politik.

[18]) General Charles-Jules Guiguer (1780—1840) aus Prangins (Waadt); Oberst Guillaume-Henri Dufour (1787—1875) aus Genf, der spätere General; Oberst Salomon Hirzel (1790—1844), aus Zürich, Zeugherr, eidg. Artillerie-Inspektor.

Die Stellung der Parteyen ist nun ungefähr diese. Ich fange auf dem rechten Flügel an. Die strengen Aristokraten (vielleicht darf man sie ohne Ungerechtigkeit Reactionärs heißen) schließen sich immer mehr ab. Ihren Mittelpunkt bildet der neu gestiftete Verein der neuen Böcke, der mit den alten Böcken[19]) wenigstens das gemein hat, daß er auch im Hause zur Schnecke (malum omen!) seine Zusammenkünfte hält. Präsident ist der Baron Matthias von Werdmüller, gewesener Oberstlieutenant beym Regiment Bleuler. Sie haben über den Beschluß wegen Abtragung der Schanzen eine scharfe Flugschrift (sagt man) herausgeben wollen; aber der Buchdrucker Schultheß weigerte sich, sie zu drucken. In der Bürgerschaft hat diese Partey wenig Anhang. Nur wenn eigentliche Anarchie einträte, könnte sie vielleicht, da Männer von Muth und Entschlossenheit an ihrer Spitze stehen (wie z. B. die Oberstlieutenants Nüscheler, Bürkli, Ziegler), die Bürgerschaft mit sich fortreißen und sie zu mißlichen Schritten verleiten. Zu unterscheiden von dieser Partey, die meist aus ehemaligen Militärs und jungen Herren besteht, sind die gemäßigten Aristokraten. Zu diesen kann man den größern Theil der ehemaligen Regierungsglieder, der Geistlichen, des Kaufmanns- und Handwerksstandes rechnen. Sie bilden gegen die jetzige Ordnung eine bloß parlamentarische, nicht reactionäre Opposition. Schritt vor Schritt vertheidigen sie die städtischen Interessen, das alte Recht und die alte Sitte gegen den Andrang der Neuerer. Herr Bürgermeister von Muralt[20]) hat auf diese Partey, die vielleicht den größten Theil der Bürgerschaft ausmacht, großen Einfluß, obschon er Vielen noch zu liberal ist. Sind einmahl die noch obschwebenden Streitfragen erledigt, so wäre diese Partey durch Mäßigung, wo nicht zu gewinnen, doch zu beruhigen. Von ihr haben sich seit einiger Zeit die Doctrinärs oder das eigentliche „Juste-Milieu" (von meinem individuellen Standpunkte aus geurtheilt) wieder etwas entfernt. Zu diesen rechne ich vornehmlich den gemäßigtern Theil unserer jüngern Juristen, die jüngern und gebildeten Kaufleute, Beamten und Lehrer. Der Revolution selbst abhold, nehmen sie

---

[19]) Mit den alten Böcken ist die „Gesellschaft der Schildner zum Schneggen" in Zürich gemeint.

[20]) Hans Konrad von Muralt (1779—1869), Bürgermeister 1831/32 und 1839—1844.

ihre Wirkungen nun als ein fait accompli an und suchen diejenigen Keime des Guten, welche sich in der neuen Ordnung der Dinge wirklich finden, wie z. B. die unabhängige Stellung der Gerichte, die Verbesserung des Unterrichtswesens und Anderes, möglichst gedeihen zu machen. Können sie sich auch mit den Häuptern der herrschenden Partey nicht befreunden, so unterstützen sie doch dieselben in Allem, was sie für das Ganze wohlthätig achten. Diese Parthey hat in Masse für den Bundesentwurf gestimmt, obschon sie noch mehrere wichtige Modifikationen wünscht und besonders den Art. 117 verwirft[21]).

An sie schließt sich die sogenannte liberale Partey an. Zu dieser rechne ich die, welche die Revolution nicht gewollt haben, aber, nachdem sie ohne ihr Zuthun entstanden war, sich von dem Alten unbedingt lossagten, um den neuen Strom zu leiten, oder doch, wo dieses nicht anging, von dessen Wogen emporgetragen zu werden. Ich unterscheide unter ihnen die Gemüths- und die Verstandesmenschen. Jene haben das „gute Volk", nachdem es sich gegen die alte Ordnung mit Erfolg aufgelehnt hatte, gehätschelt, wie ein unschuldiges Lämmlein, es mit Rosen und Vergißmeinnicht bekränzt. Diese haben, wie letzthin einer von ihnen naiv äußerte, „den Teufel nicht gefürchtet, wie die Aristokraten und Doctrinärs, sondern ihn geliebkost." Beyde Theile haben nun, was sie von jeher wünschten; die Gemüthlichen eine volkstümliche, auch auf dem Papier schön und symmetrisch sich ausnehmende Verfassung, ein wohl organisirtes Volksschulwesen u. s. f., die Wissenschaftlichen eine Hochschule und ein geordnetes Gerichtswesen. Diese regieren; jene glauben zu regieren. Beyden ist wohl, und sie wünschen, daß es so bleibe. Darum, aus Klugheit, nicht aus Humanität, fangen sie an, sich zu mäßigen. Besonders in eidgenössischen Dingen; denn da läßt sich um des Auslandes willen nicht so leicht experimentieren wie im eigenen Canton. Den Häuptern schließt sich der zahlreiche Anhang derjenigen an, die den Gestirnen des Tages huldigen und sich an ihren Lichtstrahlen sonnen. Sie sind durch die Revolution zu einem Amte oder Ämtlein, einer Taverne, Metzg oder Pintenschenke gelangt;

---

[21]) Art. 117 des Entwurfes vom 15. Dezember 1832 bestimmte, daß zum Inkrafttreten der neuen Bundesurkunde die Zustimmung von mindestens 15 Kantonen erforderlich sei.

ein lästiger Oberamtmann ist ihnen vom Halse gekommen, ein zudringlicher Pfarrer ist nun eingeschüchtert. Alles das behagt ihnen; doch hätten sie um deßwillen nicht revolutionirt, sie leben gern mit der ganzen Welt im Frieden. Begreiflicherweise ist diese Partey im Canton die zahlreichste; wo die Gewalt, da die Menge. Auf der äußersten Linken stehen die unersättlichen Radicalen. Sie möchten die Schweiz revolutioniren, wie sie den Canton revolutionirt haben, um auch dort die gepriesene Rechtsgleichheit, Repräsentation nach der Kopfzahl u.s.f. einzuführen. Aber sie haben den günstigen Augenblick verpaßt. Im Februar 1831 hätten sie es vielleicht gekonnt. Da umstrahlte noch Fischers[22]) Haupt die Glorie des Heiligen. Troxler konnte die halbe Schweiz regieren. Die Liberalen betheten die Volkssouveränität an und streuten ihren Herren Weihrauch. Aber siehe, es ist Alles anders geworden. Jetzt hoffen die Radicalen von der Zukunft, was die Gegenwart versagt. Stumm und mißvergnügt nehmen sie den Entwurf der Bundesurkunde an, eine Revision in 6 Jahren und der Art. 117 sind ihr einziger Trost. — In unserem Großen Rathe stehen diese Parteyen ungefähr in folgendem Verhältnisse zueinander. Strenge Aristokraten 10, Gemäßigte 30, Doctrinärs 30, Liberale 40, Radicale 30. Der jedesmahl herrschenden Partey zugethan etwa 70. Die vier letzten Fractionen haben für, die beyden erstern gegen den Bundesentwurf gestimmt[23]). Für Nichtcentralisation des Postwesens stimmten alle, mit Ausnahme weniger Radicaler; für die Abschaffung aller Consumozölle ebenfalls alle, mit Ausnahme Einzelner von verschiedenen Farben. Die Postverwaltung wird unser Canton unter keinen Umständen abtreten; er kann es nicht, ohne das Interesse seines Handelsstandes in hohem Grade zu gefährden.

Wegen der Consumozölle wird man sich aufs Markten einlassen; man weiß wohl, daß Bern und Luzern nicht unbedingt entsprechen können; aber man muß suchen, herauszupressen, so viel man kann. Die Anträge unseres Cantons über das Münz-

---

[22]) Heinrich Fischer (1790—1861) von Merenschwand, in den Jahren 1830—1831 das Haupt der liberalen Partei im aargauischen Freiamt.

[23]) Vom 11. bis 13. Februar 1833 hatte der Große Rat des Kantons Zürich den Entwurf vom 15. Dezember beraten und demselben zuhanden der Tagsatzung mit einigen Abänderungen seine Zustimmung erteilt.

wesen, das Militär, die eidgenössischen Eingangsgebühren, die Geldscala, die Abstimmung über Krieg, Frieden und Bündnisse und Anderes halte ich für sehr zweckmäßig. Den Art. 117 haben wir mit aller Macht bekämpft; aber $^2/_3$ gegen $^1/_3$ entschieden für dessen Beybehaltung. Die andern Cantone werden hoffentlich vernünftiger seyn. Wir hatten überhaupt große Mühe, auch nur eine reife und geordnete Berathung auszuwirken; Bürgermeister Hirzel wollte das Kind seiner Liebe im Sturm durchsetzen und ist daher auch mit dem Resultate nur halb zufrieden.

Die Wahlen für unsere neuen Lehranstalten[24]) sind im Ganzen nach Wunsch ausgefallen. Am besten findet man das Gymnasium und die obere Industrieschule bestellt. Für die Hochschule haben wir ein paar Abschläge erhalten, die wir sehr bedauern, besonders in der juristischen Facultät. Von Schönlein, der bereits eingetroffen ist und durch seinen Geist und seinen humanen Charakter Aller Herzen gewinnt, verspricht man sich viel Gutes; getheilter sind die Ansichten über Oken[25]). Vorliebe für die Zürcher wird man dem Erziehungsrate nicht vorwerfen können. Wie wird sich unsere Stadt verändern, wenn auf Ostern gegen 20 deutsche Professoren einziehen. Ob auch deutsche Studenten? Die Einen hoffen es, die Andern fürchten es. Ich rechne auf höchstens 50, und vielleicht ebensoviele Schweizer. Einige tüchtige Männer aus dem gegenwärtig so angefeindeten Würzburg kommen als bloße Privat-Docenten.

Nun, hochverehrtester Herr, komme ich endlich zum Schlusse meines Briefes. Unterdessen sind wieder drey Tage verstrichen; es ist schon Mittwoch. Entschuldigen Sie gütigst diese neue Verzögerung und lassen Sie sich in ihr geneigtes Andenken bestens empfohlen seyn

Ihren ganz ergebenen

F. Meyer.

---

[24]) Im Frühjahr 1833 wurden Gymnasium, Industrieschule und Universität, die Neugründungen der zürcherischen Regeneration, eröffnet.

[25]) Johann Lukas Schönlein (1793—1864), Professor der Pathologie und Therapie; Laurenz Oken (1779—1851), Professor für Naturgeschichte, Naturphilosophie und Physiologie des Menschen.

Herrn Syndic Fatio meine ehrerbiethigen Empfehlungen; überhaupt, wenn ich bitten darf, Allen, die sich meiner zu erinnern die Güte haben.

J. C. Heß an Ferdinand Meyer.

Genf, den 12. April 1833.

Verehrtester Herr!

Noch bin ich Ihnen den Dank schuldig für Ihren interessanten und reichhaltigen Brief vom 17. Februar. Sie schildern mir die verschiedenen Partheien, in welche sich leider unser Große Rath theilt und folglich auch das ganze Land, so umständlich, so klar, daß ich mich ganz in die Mitte derselben versetzt glaube. Freilich, obwohl noch nicht zwei Monate seitdem verflossen sind, hat sich vielleicht schon manches geändert; wir sind offenbar noch immer in einer Krisis; von Stabilität ist für einmal noch keine Rede; also können die Partheien sich von einem Tage zum andern anders gestalten. Was mich am meisten beunruhigt, ist auf der einen Seite Ihre Bemerkung, daß der Große Rath sich durch die neuen Wahlen eher verschlimmert habe, auf der anderen die Stiftung des Vereins der neuen Böcke.

Wohl mag dieser Verein nur wenig zahlreich sein; allein wie Sie selbst sagen, wenn eigentliche Anarchie einträte, so könnten diese Wenigen dennoch vielleicht die Bürgerschaft in Harnisch bringen und sie zu Schritten verleiten, welche über Stadt und Land unabsehbares Unglück häufen könnten. Aber auch diese Möglichkeit ganz abgerechnet, so läßt sich leicht denken, was in einem solchen Kreise gesagt, geschmält, gedroht werden mag. Nun bleiben aber solche Drohworte nie zwischen vier Wänden; es transpirirt immer etwas davon; dies Etwas wird dann noch von Übelgesinnten vergrößert und auf Rechnung der ganzen Bürgerschaft gesetzt, obwohl es im Grunde bloß der Ausdruck der Gesinnungen einiger Weniger ist; so wird die Annäherung von Stadt und Land, ihre Aussöhnung und Zusammenschmelzen in ein Volk immerdar verhindert. Ich fürchte aber, selbst die gemäßigten Aristokraten arbeiten nicht genugsam an dieser Annäherung, so scheint mir z. B. ihre

ZÜRICH · ARCHIV

Wünschbarkeit nicht stark genug dargestellt in der Anrede Herrn Bürgermeisters von Muralt an seine Mitzünfter am Tage der Feyer des Sechseläutens. Sie enthält ohne anderes viel Gutes; aber im Ganzen scheint mir doch immer die Idee herrschend, daß Stadt und Land der Natur der Sache zufolge einander feindlich gegenüberzustehen bestimmt sind.

Neben den oben angeführten Besorgnissen enthält denn doch Ihr Brief auch einiges Tröstliche, und aus Ihrem Munde beruhigt es mich doppelt. Daß Viele, die früher gerade die Hauptstifter der Vereine waren, nun die Gefährlichkeit derselben einzusehen anfangen, ist schon ein großer Gewinn. Nach und nach dürfte sich der Sturm wohl legen, zumal wenn die Diskussionen über die Bundesakte eine erwünschte Richtung nehmen.

Dem Fédéral vom 9. April zufolge scheint die Kommission[26]) mehrere Steine des Anstoßes beseitigen und auf mehrere Wünsche des Kantons Zürich Rücksicht nehmen zu wollen. Allein ohne mancherlei Aufopferungen ist es unmöglich, zu irgend einem Schlusse zu kommen, und leider zeigt sich in den meisten Kantonen wenig Geneigtheit zu Aufopferung.

Sie wissen ohne Zweifel, daß Genf so wie Zürich sich der Centralisation des Postwesens[27]) widersetzt. Ich begreife wohl, daß der Handel dieser beiden Städte durch eine ungeschickte, unzweckmäßige Centralverwaltung, die sich bloß die Bereicherung des Aerariums angelegen sein ließe, wesentlich gefährdet werden könnte. Wenn aber diese Verwaltung einsichtsvollen Männern anvertraut würde, so kann ich nicht umhin zu glauben, daß alle Kantone, Zürich und Genf mit eingeschlossen, dabei gewinnen müßten. Eine einzige Verwaltung wäre zuverlässig

[26]) Im März 1833 trat die außerordentliche Tagsatzung in Zürich zusammen und hatte als Haupttraktandum die Bundesrevision zu behandeln. Ein neuer, erweiterter Ausschuß unter dem Vorsitz des Berner Regierungsrates Karl von Tavel hatte sowohl die Instruktionen der einzelnen Kantone wie auch die eingegangenen Volkspetitionen zu verarbeiten und legte nach mühsamen Verhandlungen im Mai den abgeänderten Entwurf einer Bundesurkunde vor, der nun allerdings einen gewaltigen Rückschritt im Sinne eines ungesunden Föderalismus bedeutete. Vgl. Abschied der außerordentlichen eidgenössischen Tagsatzung im März, April und Mai 1833, S. 20—146.

[27]) Bei der Behandlung des Artikels 26 des ersten Entwurfes betreffend das Postwesen hatte Zürich ausdrücklich erklärt, „es könne sich zur Zentralisation des Postwesens und zur Abtretung seines Postregals an die Eidgenossenschaft nicht verstehen". Vgl. Abschied, S. 69—71.

wohlfeiler als acht oder zehn, und könnte also die Briefporto, welche in der Schweiz ungebührlich teuer sind, herabsetzen, ohne den reinen Ertrag zu vermindern; und die Besorgung und Beförderung der Briefe könnte genauer und schneller seyn als bei acht oder zehn Verwaltungen, die sich oft nicht gut miteinander verstehen. Zum wenigsten wäre zu wünschen, daß die öffentlichen Diligencen in der ganzen Schweiz unter einer einzigen Verwaltung ständen. Ihre jetzige Einrichtung ist recht darauf abgesehen, ihren Gebrauch den Reisenden zu verleiden; und wirklich, wer um Geschäfte wegen reiset, weicht der Schweiz aus, so oft er kann. Solange aber jeder Kanton seine eigene Diligence hat, kann es damit nicht besser werden.

Der Artikel 117 der Bundesakte wird wohl auch in der Zahl derjenigen seyn, welche wegfallen dürften. Ich halte ihn jedoch nicht für so gar gefährlich und glaube, daß wenn die Radikalen sich auf denselben vertrösten, sie wohl ohne den Wirth gerechnet haben dürften.

Wenn ein neuer Bundesakt zu Stande kömmt und er auch nur 6 Jahre lang gültig bleibt, so hoffe ich, werde die Ruhe in unserer Schweiz so befestiget werden, daß es den Radikalen kaum gelingen möchte, ihr Spiel aufs neue anzufangen.

Wann soll die erste Drittheils-Erneuerung des Regierungsrathes stattfinden?

Sollten Sie irgend ein müßiges Stündchen, deren Sie freilich wenige haben, mir gütigst widmen wollen, so würden Sie mich dadurch höchlich verbinden. Haben Sie die Güte, mich Ihrer Gattin und Schwieger bestens zu empfehlen und empfangen Sie die Versicherung meiner wahren Hochachtung und aufrichtigen Ergebenheit.

J. G. Heß.

Ferdinand Meyer an Johann Caspar Heß, Genf.

Zürich, 22. April 1839.

Mein letzter Brief an Sie vom 3. d. M., verehrtester Herr und Freund, war während der Sitzung des Großen Rathes geschrieben und darum etwas rasch abgebrochen. Ich füge hier noch Einiges bei, um Ihnen eine Beurtheilung der jetzigen

Lage der Dinge einiger Maßen möglich zu machen[28]). — Herr Bürgermeister von Muralt war fest entschlossen, eine allfällige Wahl in den Regierungsrath nicht anzunehmen[29]). Die Gründe lassen sich leicht denken: eine wohlthätige Wirksamkeit in dieser Behörde hätte er sich unter den obwaltenden Umständen nicht versprechen können. Ohne ihn oder überhaupt ohne mindestens 2 Collegen, denen ich volles Vertrauen hätte schenken können, wäre mir eine Annahme ebenfalls unmöglich gewesen. Es war also im Grunde noch ein Glück, daß diese Wahlen mißlangen. Ablehnungen hätten den Schein auf uns geworfen, als ob wir dem Wohl des Cantons ein Opfer zu bringen unfähig wären. Aber allerdings hat dieser Ausgang auf die Stimmung des Großen Rathes merklichen Einfluß ausgeübt. Manche, die eine Zeitlang schwankten, haben sich wieder der neu aufgehenden Sonne des Radicalismus zugewendet. Die Männer, welche der Sache diese Wendung gaben, d. h. welche durch Personenwechsel in den Behörden zu helfen suchten, meinten es redlich: allein sie überschätzten ihre Kräfte und überlegten nicht hinlänglich, daß der ursprünglich rein religiöse Kampf hiedurch auf das Gebiet der Politik hinüber gespielt und Mißdeutungen hervorgerufen werden, die

[28]) Die letzten drei Briefe gehören ausschließlich der Zeit der zürcherischen Revolution von 1839 und ihrer Nachwirkungen an. Durch die Berufung von David Friedrich Strauß an die theologische Fakultät der Universität entstand eine mächtige Gegenbewegung gegen die radikale Regierung, die auch nicht abflaute, nachdem die Behörden die Wahl rückgängig gemacht hatten.

Die Lage im Kanton Zürich war besonders deshalb eigenartig, weil der Kanton eben am 1. Januar 1839 für die beiden kommenden Jahre eidgenössischer Vorort geworden war, daß ihm also das Präsidium der Tagsatzung und überhaupt die Führung der Bundesgeschäfte zufiel. Für die Besorgung der eidgenössischen Geschäfte bildete der Regierungsrat einen Ausschuß, den sog. „Staatsrat", umfassend die beiden Bürgermeister und 5 Regierungsräte.

Tagsatzungspräsident für 1839 war Bürgermeister Joh. Jakob Heß, für 1840 der nach dem Zürichputsch neu in die Regierung eingetretene Bürgermeister von Muralt.

Zum folgenden vgl. Dändliker-Wettstein, Geschichte der Stadt und des Kantons Zürich III (1912), S. 305—335, ferner die Erinnerungen an den Straußenhandel aus der Feder von Wilhelm Meyer-Ott, dem Bruder Ferdinand Meyers, im Zürcher Taschenbuch 1910; Friedrich Schultheß im Zürcher Taschenbuch 1906; von Dr. K. Rahn-Escher im Zürcher Taschenbuch 1915—1917 und von Dr. med. Ulrich Zehnder im Zürcher Taschenbuch 1942.

[29]) Am 3. April 1839 nahm der Große Rat die gemäß Verfassung fällige Erneuerungswahl von sechs Regierungsräten vor, deren Amtsdauer abgelaufen war. Für alle sechs Stellen wurden die bisherigen Inhaber wiedergewählt,

nur ein völliges Gelingen unschädlich machen konnte. „Aha, also das war der Zweck der ganzen Bewegung, wieder ein paar Herren aus der Stadt in die Regierung zu bringen!“ Solches und Ähnliches soll hie und da geäußert worden sein. Anderswo tönte es freilich ganz anders, z. B. am rechten Seeufer. Ohne ernstliche Abmachungen verständiger Männer wäre vielleicht um den 8. April eine Volksversammlung veranstaltet worden. Jetzt steht es so, daß man fast allgemein das Gefühl hat, es stehen uns noch neue Krisen bevor, und doch niemand mit Sicherheit voraussehen kann, wann und durch welche Veranlassung sie eintreten werden. Die radicale Partei ist entschiedener, übermüthiger, bitterer als je; wenigstens die Führer. Das Volk aber ist, namentlich an beiden Seeufern und überhaupt im südlichen Theile des Cantons, ebenfalls erbittert und es ist möglich, daß sich diese Stimmung bei der im Anfang des Mai bevorstehenden Erneuerung sämtlicher Gemeindsbehörden Luft machen wird. Ich sehe auf Seite der Radicalen Pläne durchschimmern, die mich glauben lassen, sie wollen ihr coûte qui coûte weiter fortspielen. Aber das Volk hat seine Stärke ebenfalls kennen gelernt und neue Reizungen könnten auch neue Reactionen herbeiführen. Wir sind in einem Kampfe,

---

ein Mitglied allerdings erst im zweiten Wahlgang. Im ersten Wahlgang waren 61 Stimmen auf alt Bürgermeister von Muralt gefallen, der aber in der Sitzung erklärte, keine Wahl anzunehmen. — Es scheint, daß man damit rechnete, bei diesen Wahlen einige liberal-konservative Mitglieder in den Regierungsrat zu bringen. So berichten die Zeitgenossen Friedrich Schultheß, Zürcher Taschenbuch 1906, S. 85/86, und Wilhelm Meyer-Ott, Zürcher Taschenbuch 1910, S. 9. — Schultheß sagt: „Nachdem dem Zentralkomitee von einer Anzahl einflußreicher Mitglieder des Großen Rates vom Land bestimmte Versicherungen gegeben worden, daß man den Wünschen des Volkes Rechnung tragen und bei der bevorstehenden partiellen Erneuerungswahl des Regierungsrates einige Mitglieder in denselben wählen werde, welche das Vertrauen des Volkes genießen, legte am 21. März das Zentralkomitee sein Mandat nieder und löste sich auf ... Als dann aber in der folgenden Sitzung des Großen Rates nichts von alledem geschah, rekonstruierte sich auf vielfache Aufforderungen hin das Zentralkomitee am 22. April wieder“.

Nach den Wahlen vom 3. April 1839 fühlten sich die Radikalen wieder sehr sicher und Regierungsrat Joh. Ulrich Zehnder sagt denn auch, „der Große Rat hatte wieder Atem geschöpft und frischen Mut gefaßt“ (Zürcher Taschenbuch 1942, S. 194). Im übrigen hatte es zu Anfang des Jahres in der radikalen Regierungsratsmehrheit bedenklich gekriselt, als Regierungsrat Dr. Joh. Hegetschweiler an den Rücktritt dachte, „da ihm Presse-Angriffe stark zusetzten“. Er ließ sich dann zum Ausharren bewegen. Vgl. Carl Schröter im Neujahrsblatt des Waisenhauses Zürich 1913, S. 18—19.

der seine zehn Jahre dauern dürfte; das Volk wird mit seiner Sache durchdringen, aber schwerlich ungetrübt und schwerlich anders als über Ruinen (nicht der Häuser, aber der Institutionen), besonders wenn uns noch finanzielle Verlegenheiten bevorstehen sollten. Man erzählt, ein Radicaler habe während der letzten Krise geäußert: „Müssen wir unterliegen, so wollen wir noch so viel mit uns in die Luft sprengen, daß unsere Gegner sechs Jahre brauchen, um Alles wieder ins Geleise zu bringen".

Die Wahrnehmungen, die ich in der letzten Zeit über die Energie und über die Bösartigkeit gewisser Personen gemacht habe, veranlaßt mich zu einer Bitte an Sie, mein verehrtester Herr und Freund. Die Briefe, die ich zu verschiedenen Zeiten an Sie gerichtet, enthalten so viele Persönlichkeiten und waren mitunter so sehr der treue Ausdruck meiner jedesmaligen Gemüthsstimmung, daß es mir zur Beruhigung dienen würde, sie sämtlich vernichtet zu wissen. Sollten also noch einige derselben vorhanden sein, so bitte ich Sie, mir diesen Dienst zu erweisen. Ich betheuere Ihnen, nicht ein Schatten von Mißtrauen, nicht der entfernteste Zweifel an Discretion oder Vorsicht von Ihrer Seite drängt mich zu dieser Bitte. Allein Sie werden selbst begreifen, daß ich den Kämpfen, die uns ganz gewiß bevorstehen, ruhiger entgegensehe, wenn ich weiß, daß nichts Schriftliches von mir existiert, das mir früher oder später Verlegenheiten bereiten könnte.

Meiner Motion[30]) verspreche ich kaum ein Minimum von Erfolg, es wäre denn, daß die Volksabstimmung sich hierüber

---

[30]) Vom 18. bis 20. März hatte sich der Große Rat des Kantons Zürich in außerordentlicher Sitzung versammelt, um den Bericht des Regierungsrates über die Angelegenheit der Berufung von D. Fr. Strauß entgegenzunehmen. Während dieser Session beschloß der Erziehungsrat, Strauß im Hinblick auf die ablehnende Haltung des Zürcher Volkes sofort in den Ruhestand zu versetzen und ihm eine jährliche Pension auszusetzen. Regierungsrat und Großer Rat nahmen von diesem Beschluß Kenntnis. — Die dreitägige Großratsversammlung führte nun aber zu einer grundsätzlichen Aussprache über die Verhältnisse der Schule und Kirche. Eine Motion von Regierungsrat David Bürgi, einem Gegner der Berufung von Strauß, auf Aufhebung der Universität rief einer Universitätsdebatte und wurde einer Kommission zur Prüfung überwiesen. Im Zusammenhang damit ergriff der Neffe von Joh. Caspar Heß, der Winterthurer Kaufmann Caspar Reinhart-Heß, das Wort, indem er die Zustände an der Universität kritisch beleuchtete und die Motion empfahl.

Ferdinand Meyer wandte sich mit einer Motion, welche hauptsächlich religiöse Fragen betraf, an den Großen Rat. Sie lautete: „Es möge eine Unter-

noch sehr entschieden aussprechen sollte. Die Hochschulfrage scheint sich dahin zu wenden, daß einzelne, weniger glückliche Docenten pensionirt und der Überschuß ihres Einkommens solchen zugewendet werden soll, die jetzt zu den Begünstigten gehören. Indessen läßt sich noch nicht mit Sicherheit urtheilen.

Mögen diese Zeilen Sie, mein verehrtester Herr und Freund, in bestem Wohlsein antreffen. Die Meinigen und mich selber in die Fortdauer Ihres freundschaftlichen Wohlwollens angelegenst empfehlend, bin ich mit aufrichtiger Hochschätzung

Ihr ganz ergebener
F. Meyer.

Ferdinand Meyer an Johann Caspar Heß, Genf.

Zürich, 7. November 1839.

Gewiß haben Sie, mein hochgeschätzter Herr und Freund, über die Ereignisse, deren Schauplatz unser Canton in jüngster Zeit gewesen ist, schon früher eine Mittheilung von mir erwartet. Am guten Willen fehlte es nicht, wohl aber an der Möglichkeit. Als Reconvalescent aus dem Blumensteinerbade zurückgekehrt und noch einiger Schonung meiner Kräfte bedürfend, kam ich, sozusagen, unversehens mitten in unsere Revolution hinein, mußte dann schnell, nach Hirzels Abreise,

---

suchung angeordnet und erforderlichenfalls die nötigen Vorschläge hinterbracht werden, ob nicht einerseits durch Abänderung der über die Synode bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine zeitgemäße Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im Schoße der kirchlichen Behörden selbst erleichtert und anderseits durch einige Modifikationen in den bestehenden Gesetzen über das Unterrichtswesen die Interessen der evangelisch-reformierten Landesreligion, ohne die verfassungsmäßige Selbständigkeit der Schule zu gefährden, besser gewährt werden sollten". Die Motion wurde angenommen und an eine Kommission von 11 Mitgliedern gewiesen.

Meyer wollte einerseits die Öffentlichkeit der Verhandlungen der Kirchensynode vorschlagen, anderseits wünschte er eine Verstärkung des religiösen Elementes sowohl in der Volksschule wie auch bei der Ausbildung der künftigen Lehrer im Lehrerseminar. — Vgl. Protokoll des Großen Rates vom 20. März 1839 im Staatsarchiv Zürich, MM 24.21, und die gedruckten Verhandlungen des Großen Rathes des Cantons Zürich vom 18. März bis Ende des Jahres 1839, Zürich 1839.

das Portefeuille des Erziehungsrathes übernehmen und bin seither so beschäftigt, daß ich kaum dann und wann eine Zeitung, geschweige denn ein Buch, zur Hand nehmen kann und jeden Abend recht ermüdet mich niederlege. Meine Gesundheit indessen, weit entfernt, unter dieser neuen Lebensweise zu leiden, befindet sich dabei, Gott sei Dank, sehr gut. Ich schreibe dieses vornehmlich dem Umstande zu, daß der Wechsel der Geschäfte den Geist in einer wohlthätigen Spannung erhält und daß ich das Glück habe, mich in höchst angenehmen collegialischen Verhältnissen zu befinden. Es ist ein ganz anderes Leben als früher, seit jene Personen aus den Geschäften entfernt sind, die ihre Freude daran zu haben schienen, ihre Collegen zu kränken und deren Gesinnungen zu verdächtigen. Von der Revolution schreibe ich Ihnen nichts; ich wüßte nicht, wo anfangen. Könnten Sie sich entschließen, wieder einmal herzukommen, so wäre dies die beste Gelegenheit, Alles umständlich zu verhandeln und auch den Schauplatz der Ereignisse zu besichtigen. Das interessanteste Belege für die Geschichte des 6. September, Bernhard Hirzels Geständnisse, ein Büchlein, das den Stempel der Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit auf der Stirne trägt, habe ich Ihnen schon früher geschickt[31]). Selbst Metternich, der über den 6. September geäußert haben soll: Depuis un siècle c'est la première révolution faite dans un bon esprit, hat dieses Büchlein seiner Aufmerksamkeit gewürdigt. Hier nur so viel: Als ich, nach der Ordonnanz vom 23. August[32]), von Blumenstein zurückkam, nahm ich sogleich wahr, daß eine Krisis unabwendbar sei. Wohl fühlend, daß hier für mich keine Stelle sei, hielt ich mich von allem entfernt, entschlossen, bloß in amtlicher Stellung zu handeln und hier nach bester Einsicht meine Schuldigkeit zu thun. Der kleine Krieg begann; drauf kam

[31]) Bernhard Hirzel, Mein Antheil an den Ereignissen des 6. Septembers 1839, Zürich 1839.

[32]) Unter Anspielung auf die Ordonnanzen Karls X., welche die Juli-Revolution hervorriefen, zitiert hier Meyer den Beschluß des Zürcher Regierungsrates vom 23. August, wodurch den Gemeindebehörden weltlichen und kirchlichen Standes verboten wurde, Anordnungen des Zentralkomitees betreffend Einberufung von Gemeindeversammlungen entgegenzunehmen. Die Macht des Zentralkomitees, das „faktisch der Doppelgänger des Regierungsrates geworden war" (Heinrich Gelzer, Die Straußischen Zerwürfnisse in Zürich, 1843, S. 346), sollte auf diese Weise gebrochen werden.

der Tag von Kloten[33]), ein ewig denkwürdiges Ereignis in unserer Geschichte, ein zweiter Tag von Uster, aber viel würdiger und unendlich tiefer greifend. Anfangs spotteten die Regierungsräthe und freuten sich des strömenden Regens. Als aber nach und nach über 40 große Schiffe den See herunterkamen und während mehrerer Stunden ein ununterbrochener, endloser Zug von Regenschirmen sich von der Schifflände das Niederdorf hinunter und die untere Straße hinaus bewegte, da erblaßten sie und wurden still. Nun ging es, wie nach dem Tage von Uster; das siedende Element befand sich in zunehmender Gährung. Am 4. war eine Conferenz von Großräten. Oberrichter Ulrich und ich sprachen noch von Legalität und von Entgegenkommen des Großen Rathes. Aber schon waren allzu viele, die für ihre Köpfe fürchteten. „Abdankung des Großen Rathes sei unvermeidlich". Und nebenbei: „Am 9. September werden 20000 Bauern hereinkommen, zwar nur mit Stöcken; es werde sich dann weisen, ob der Große Rath nicht abdanke". Daß Neuhaus, Casimir und Baumgartner[34]) durch ihre zudringlichen Zumuthungen das frühzeitige Platzen der Mine herbeigeführt haben, ist außer Zweifel. Es war aber ein großes Glück; denn sonst hätten die Radicalen den Vorstreich gewonnen, die Bürgerschaft hätte zugeschlagen und größeres Blutvergießen wäre unvermeidlich gewesen. Jetzt hingegen waren die Radicalen

[33]) Montag, den 2. September, fand der vom Zentralkomitee einberufene Volkstag in Kloten statt. Die Angaben über die Teilnehmerzahl schwanken zwischen 8000 und 20000.

[34]) Charles Neuhaus (1796—1849), von Biel, wurde 1839 als erster Nicht-Patrizier Schultheiß des Standes Bern; Casimir Pfyffer (1794—1875), Führer der luzernischen Liberalen; Gallus Jakob Baumgartner (1797 bis 1869), Führer der st. gallischen Liberalen (später infolge der aargauischen Klosteraufhebung konservativer Politiker).

Man befürchtete, die Zürcher Regierung könnte gestützt auf ihre Zugehörigkeit zum „Siebner-Konkordat" von 1832 die mitverbündeten freisinnigen Stände zum bewaffneten Schutz aufrufen. Tatsache ist, daß die Zürcher Regierung die Konkordatsstände nicht um Hilfe anging, daß aber Gerüchte vom Gegenteil hartnäckig zu Stadt und Land zirkulierten. Von verhängnisvoller Wirkung war ein Rundschreiben, das der Vizepräsident des Zentralkomitees, Dr. Konrad Rahn-Escher, am 5. September an alle Bezirkskomitees erließ, worin es u.a. hieß: „Die Feinde drohen das Vaterland mit fremden Truppen zu überziehen; Neuhaus bietet Bern auf und Baselland rüstet sich". Vgl. zur Sache Ludwig Meyer von Knonau, Lebenserinnerungen; hg. von Gerold Meyer von Knonau, Frauenfeld 1883, S. 471—475.

nur halb vorbereitet und ihr Anschlag mißglückte völlig. Vornehmlich Hegetschweilern hat man dies zu danken. Am 6. September aber war es der Stadtpräsident Eduard Ziegler, der durch seine kaltblütige Entschlossenheit den Ausschlag gab. Dem Stadtrath Gysi hat man es zu danken, daß die 12000 Mann vom Landsturm in der Nacht vom 6. auf den 7. in der Stadt und Umgegend ordentlich einquartiert und verpflegt werden konnten und auch nicht der mindeste Exceß vorfiel, wozu freilich auch die Thätigkeit des Cantonalcomite nicht wenig beitrug. Herr Bürgermeister Heß[35]) hat durch seine entschiedene Haltung, den Concordatsgesandtschaften gegenüber, die Tagsatzung, ja, man kann sagen, die Eidgenossenschaft vor Auflösung und Zerrissenheit bewahrt. Überhaupt sind in jenen Tagen dem Vaterland manche Opfer gebracht worden, und nächst Gottes leitender Obhut verdankt der Canton seine Rettung der Entschlossenheit, Ausdauer, Einsicht und Mäßigung derer, die sich damals an die Spitze stellten. Auch seither ist Alles überaus glücklich von Statten gegangen. Die Radicalen haben sich durch ihr wildes, rohes Benehmen und ihre nachherige Flucht um allen Einfluß gebracht. Auf der andern Seite hat auch das Begehren des entgegengesetzten Extrems, daß gleich den Cantonalbehörden auch die Bezirks- und Gemeindsbehörden reconstruirt werden sollten, glücklich hintertrieben werden können. Der neue Große Rath[36]) hat viel Ähnliches mit dem von 1831; er ist, sauf le respect, que je lui dois, in manchen Dingen ein noch etwas ungeleckter Bär. Auch ihn, wie jede aus einer Revolution hervorgegangene Behörde, beherrscht ein wenig der Hang, dem Volke zu gefallen, und die Furcht vor Reactionen der gestürzten Partei, überhaupt eine Vorliebe für das Princip, dem er seine Entstehung verdankt. Dies zeigt sich besonders in den Wahlen, die bisweilen eine etwas einseitige Farbe haben, ganz le revers de la médaille von 1831. Wir vom „Juste-Milieu" haben nun eine völlige Frontveränderung gemacht und

---

[35]) Bürgermeister Johann Jakob Heß (1791—1857) blieb auch im neuen Regierungsrat im Amte, während sein Kollege Melchior Hirzel zurücktreten mußte, da er sich durch sein Eintreten für Strauß zu sehr exponiert hatte.

[36]) Am 16. und 17. September 1839 fanden die Neuwahlen des Großen Rates statt. Am 2. Oktober beschloß der Große Rat einstimmig den Rücktritt vom Siebner-Konkordat.

wehren uns für die Bessern unter den Radicalen, wie seiner Zeit für die Bessern unter den Aristokraten, oft vergebens und nicht ohne die Gefahr, bisweilen mit mißtrauischen Blicken angesehen zu werden. 1831 zweifelte man an unserer „Freisinnigkeit"; jetzt fragen etwa die Extremen, ob wir auch „evangelisch" seien. Also das ist jetzt das Schlagwort. Es ist höchst interessant, einen solchen Wechsel der Dinge zu erleben und so mitten drinne zu sein. Man lernt daraus mehr, als aus 100 und 100 Büchern. Ein großes Glück in dieser Sache ist: 1) daß die beiden Männer, die seit dem 6. September den größten Einfluß im Canton haben, Hürlimann-Landis und Dr. Rahn[37]), sich bei Bestellung der neuen Behörden vorzugsweise an den Rath jüngerer Männer, ihrer Altersgenossen, gehalten haben und daß daher die Partei der „alten Herren" oder, wenn Sie lieber wollen, der Aristokraten, ganz auf der Seite geblieben ist. Es gab freilich über diese, vielen unerwünschte Wendung der Dinge hie und da saure Mienen! Das Höchste, was sie erlangten, ist, daß gestern Alt-Oberamtmann Ott von Greifensee zum Ersatzmann des Obergerichtes und Oberstlt. Nüscheler zum Kirchenrath gewählt worden ist[38]). Im Regierungsrath namentlich sitzt eine schöne Zahl rüstiger und erprobter Geschäftsmänner von gemäßigter Farbe. Die Andern sind wenigstens durch und durch Ehrenmänner und die ganze Behörde so ziemlich aus einem Guß; es ist eine Freude, darin zu arbeiten. Auch das Obergericht ist ganz nach Wunsch ausgefallen. Gestern ist beschlossen worden, den Regierungsrath auf 13, das Obergericht auf 9 Mitglieder zu reduciren. Ersterer Beschluß wurde gefaßt mit 104 gegen 56 Stimmen, die den Regierungsrath auf 11 reduciren wollten. Ich freue mich, daß man es bei 13 hat bewenden lassen. In 6 Monaten muß der Beschluß

---

[37]) Dr. Konrad Rahn-Escher (1802—1881), Arzt in Zürich, Vizepräsident des Zentralkomitees von 1839 und maßgebender Führer der Septemberpartei. Er hat später selbst erklärt, das Zürcher Volk sei 1839 „in seinem Wesen und Kern liberal" geblieben, es habe nur die radikalen Häupter, vor allem Prof. Fr. Ludw. Keller und Staatsanwalt Ulrich mit ihrem Anhang abgelehnt.

[38]) Hans Caspar Ott (1780—1856), Oberamtmann von Greifensee 1828—1831, eidg. Oberst; David Nüscheler (1792—1871), Stadtrat und Bauherr, namhafter Militärschriftsteller, in den Jahren 1832—1833 unermüdlicher Gegner des Schanzenabbruchs. Vgl. Alfred Mantel, Geschichte der Zürcher Stadtbefestigung III, Zürich 1921, S. 16ff.

erneuert werden; dann kommt er zur Abstimmung vor die Gemeinden. Übrigens ist schon bei der Erwählung beider Behörden auf diesen vorauszusehenden Fall einer Reduction Rücksicht genommen worden; die 13 und die 9 zuerst Gewählten bleiben, die Übrigen treten zurück. 2) Ebenfalls ein Glück ist es, daß ungefähr 50 Städter (49, worunter aber viele Doppelbürger) in den Großen Rath gewählt worden sind, meistens Gemäßigte. Sie sind weniger aufgeregt als die vom Lande, und temperiren. Zu den Merkwürdigkeiten der Gegenwart gehört es, daß die Liberalen vom Lande jetzt zu den Städtern mehr Vertrauen haben als zu den Männern der Glaubenspartei auf der Landschaft. Dies gibt der Stadt eine einflußreiche und würdige Stellung bei den bevorstehenden Berathungen; ich hoffe zuversichtlich, sie wird davon keinen Mißbrauch machen. Aus eben diesem Grunde genießt auch die Regierung allgemeines Vertrauen, ausgenommen bei den extremen Radicalen, an denen aber gegenwärtig nichts gelegen ist. 3) Die Geistlichkeit benimmt sich sehr gut, vor allen der einsichtsvolle und kräftige Antistes Füßli[39]). In den Großen Rath haben sich nur 5 von ihnen wählen lassen, und bei Erwählung des neuen Kirchenrathes sind nur Chorherr Cramer und Pfarrer Zimmermann beim Fraumünster durch Andere ersetzt worden, nämlich durch Professor Ludwig Hirzel und Pfarrer Häfeli[40]) von Wädenschweil. Es stellt sich jetzt so, daß der Große Rath strenger evangelisch ist als die Synode; die weltlichen Kirchenräthe und ein Theil des Erziehungsrathes strenger als die geistlichen Kirchenräthe. Seltsam und doch ganz erklärlich. Wie 1831, will auch jetzt die Partei der Bewegung ihre Organe, und zwar entschiedene Organe, in beiden Behörden haben, jetzt um so mehr, als die Bewegung ihrem Wesen nach eine religiöse war. 4) In Behörden und Volk ist eine durchaus ehrenhafte Gesinnung vorherrschend. Mag man auch über einzelne Tactlosigkeiten oder Mißgriffe

[39]) Johann Jakob Füßli (1792—1860), von Zürich, Pfarrer am Neumünster, Mitglied des Kirchenrates, des Großen Rates, des Erziehungsrates, Antistes der zürcherischen Kirche 1837—1849; er war Gegner der Berufung von Strauß.

[40]) Chorherr Johann Jakob Cramer (1771—1855), erster Archidiakon am Großmünster; Pfarrer Heinrich Zimmermann (1770—1859); Ludwig Hirzel (1801—1841), Professor der Theologie an der Universität; Friedrich Häfeli (1808—1878), Pfarrer in Wädenswil.

vorübergehend ungehalten werden, so ist einem doch wohl unter diesen Leuten und man freut sich wieder, diesem Volke anzugehören. Nicht ich allein, fast alle meine Bekannten, die einseitigen abgerechnet, empfinden dieses. Wenn ich an den abgetretenen Großen Rath denke und dann wieder diesen ansehe — von seinen 204 Mitgliedern saßen 65 auch im abgetretenen Großen Rathe, 13 in frühern Legislationen, 126 sind neu —, diesen Ausdruck der Redlichkeit und des Wohlwollens fast in jeder Miene, so lacht mir das Herz vor Freude. Es hat mich Überwindung gekostet, wieder in die Regierung zu treten: aber ein Ehrenmann, ein vaterländisch gesinnter Mann durfte da nicht zurückbleiben, und jetzt danke ich Gott, daß ich mich dazu entschlossen habe. Neben mehrern ältern Männern, aus der Classe der sog. Stillen im Lande oder aus den Resten der alten sog. aristokratischen Partei auf der Landschaft, besteht der Große Rath großen Theils aus einer Anzahl von Jüngeren, welche die Generation von 1831 jetzt auf gleiche Weise verdrängt haben, wie jene damals die Ältern verdrängte. Die Generation Keller schob 1831 die alten Herren auf die Seite; jetzt ist sie selber durch die Generation Bluntschli auf die Seite geschoben. Und so wird es, denk' ich, auch künftig gehen, hoffentlich ohne Revolution, sondern auf dem legalen Wege. Einer der Stimmenzähler, der im abgetretenen Großen Rathe das gleiche Amt bekleidete, hat mir bemerkt, er finde im neuen Großen Rathe die Namen auf den Stimmzetteln im Ganzen viel besser und richtiger geschrieben als im frühern. Das ist das „Pöbelregiment"! Jene ehrenwerte Gesinnung, als deren eigentlichster Repräsentant der Präsident des Großen Rathes, Alt-Oberrichter Ulrich[41]), gelten kann, zeigt sich in den Behörden vornehmlich in der Genauigkeit, Pflichttreue und Ausdauer, mit der jetzt gearbeitet wird, und die gewiß ihre guten Früchte tragen wird; im Volke zeigte sie sich in der Standhaftigkeit, womit es noch in den jüngsten Tagen die Versuchungen der Radicalen, die es durch Vorspiegelung materieller Vortheile zu unsinnigen, zerstörenden Petitionen (Veto und dgl.) verleiten wollten, ebenso entschieden von der Hand gewiesen hat als das Begehren der Auflösung der

[41]) Johann Caspar Ulrich (1796—1883), Jurist und Verleger, Inhaber der Buchdruckerei und des Verlages J. J. Ulrich zum „Berichthaus" in Zürich.

Bezirksbehörden, das man ihm auf die Zunge legen wollte. Beides verdankt man vorzüglich auch einem ernstlich abmahnenden Sendschreiben von Hürlimann und Rahn. Der Wunsch nach Auflösung der Bezirksbehörden war am lebhaftesten in den Bezirken Pfäffikon und Hinweil, wo überhaupt die Bewegungspartei am eifrigsten ist, so eifrig, daß es z. B. den Beamten, auch den Pfarrern, jetzt noch sehr übel gedeutet wird, wenn sie am 5. September abends sich geweigert oder auch nur gesträubt haben, das Sturmgeläute zu befehlen. In beiden Bezirken hatte man allerdings Grund zu Klagen wider manche Beamte, am meisten im Bezirk Hinweil. Dort ist nun aber der Statthalter wegen einer bedeutenden Pflichtverletzung in Criminaluntersuch gerathen, darum suspendirt und für einstweilen durch einen entschiedenen Anhänger der neuen Ordnung ersetzt worden: dies hat sehr guten Eindruck gemacht. Jenes Gefühl der wieder errungenen Nationalität, von dem ich oben gesprochen, kann nun freilich ein großer Theil unserer deutschen Professoren nicht theilen; sie sind vielmehr erschrocken und mißvergnügt. Noch mehr die noch hier befindlichen deutschen Flüchtlinge. Ihnen namentlich und den Radicalen der benachbarten Cantone, wie z. B. Baumgartnern, werden die Schmähartikel zugeschrieben, von denen manche deutsche Blätter und selbst die Allgemeine Zeitung wimmeln und die großen Theils ganz einseitig und selbst lügenhaft und verläumderisch sind. Glauben Sie diesen Artikeln ja nicht. Ich darf Ihnen die Versicherung geben: weit dem größten Theile unseres Volkes ist es, als wäre ihm ein böser Alp, der es zu erdrücken drohte, von der Brust weggewälzt. Sie werden sich, mein hochgeschätzter Herr und Freund, um Ihren Canton verdient machen, wenn Sie, wo sich der Anlaß darbietet, jenen Gerüchten widersprechen. Man fürchtet für das Schulwesen; Scherr[42]) muß weg, das leidet keinen Zweifel. Aber hoffentlich steht unserm ganzen Schulwesen nichtsdestoweniger eine schöne Zeit bevor. Man fürchtet das Aufkommen einer pietistischen Richtung. Ganz gewiß wird in den Volksschulen beim Religions-

[42]) Seminardirektor Ignaz Thomas Scherr (1801—1870), der Begründer der Zürcher Volksschule der Dreißigerjahre. Über die Entlassung Scherrs vgl. Fritz Hunziker, Der Erziehungsrat des Kantons Zürich 1798—1948, Zürich 1948, S. 38ff.

unterricht die supranaturalistische Ansicht zum Grunde gelegt und auch die Lehrer in diesem Sinne gebildet werden: von da aber bis zum Pietismus ist noch ein weiter Schritt. Dem anmaßenden, dünkelhaften Wesen mancher Schullehrer wird man mit Kraft entgegentreten, die pflichttreuen und bescheidenen hingegen um so mehr schützen und ermuntern. Das beiliegende Kreisschreiben[43]) mag Ihnen beweisen, wie der neue Erziehungsrath in dieser Hinsicht denkt. Die Hochschule und die übrigen höhern Unterrichtsanstalten haben sicherlich nichts zu befürchten. Neben dem religiösen Princip, das der Revolution zum Grunde gelegen hat, läßt sie sich allerdings noch aus einem andern Gesichtspunkte auffassen. Wie die Revolution von 1831 die städtische Aristokratie zerstörte, so hat die von 1839 die Landaristokratie gestürzt, die Herrschaft der Advocaten, der Dorfmagnaten, der Halbgebildeten; außer dem Bezirk Horgen und einem großen Theil der Bezirke Zürich, Meilen, Andelfingen, Bülach paßt dieses, dort war auch ein großer Theil der Notabeln entschieden antistraußisch; es war eine Auflehnung des Volkes wider diese Herrschaft, die seit 1831 den Canton wie ein Netz umspannt hielt. Durch Scherrs Zöglinge sollte sie vollends befestigt werden. Es war hohe Zeit, das Netz zu zerreißen. Ja, ich glaube jetzt, nach Allem, was mir bekannt ist, daß nur auf diesem revolutionären Wege zu helfen war. Diese unglückliche Erfahrung hat nun gelehrt, daß das System der Integralerneuerung nichts taugt. — Für die Eidgenossenschaft wird die Revolution von wichtigen Folgen sein. Das System der Mäßigung wird wieder die Oberhand gewinnen; dem Radicalismus ist, ob Gott will, ein Streich versetzt, von dem er sich nicht wieder erholen wird. Das haben auch die auswärtigen Regierungen erkannt und darum einstimmig ihre Freude über die vorgegangene Veränderung bezeugt, so unverhohlen als sie es irgend durften, ohne ihren Grundsätzen untreu zu werden. Ich muß schließen. Empfangen Sie meine besten Wünsche für Ihr weiteres Wohlergehen und lassen Sie in Ihr geneigtes Andenken bestens empfohlen sein Ihren freundschaftlich ergebenen

F. Meyer.

---

[43]) Kreisschreiben des Erziehungsrates vom 22. Oktober 1839, gerichtet an die Lehrerschaft des Kantons; Hinweis, „daß vermehrter Zusammenhang zwischen Schule und Kirche geschaffen werden müsse". Hunziker, a.a.O., S. 41.

Ferdinand Meyer an Johann Caspar Heß, Genf.

Zürich, 22. April 1840.

Ich liefere Ihnen, mein verehrtester Herr und Freund, eine Fortsetzung zu meinen frühern Berichten, in der Hoffnung, diese Zeilen werden Sie in bestem Wohlsein antreffen.

Mit unsern Cantonalzuständen mache ich den Anfang. Blicke ich zurück auf die letzten Monate, so kann ich nicht anders als Gott danken, daß er uns an manchen Klippen so glücklich vorübergeführt hat. Die neue Ordnung der Dinge consolidirt sich zusehends. Die Stellung der Parteien ist nun diese. Immer noch behauptet die christliche oder die Volkspartei im ganzen Lande und so auch im Großen Rathe ein entschiedenes Übergewicht. Im letztern indessen ist ihr Einfluß bedeutend temperirt durch die Einwirkung der Regierung und der Gemäßigten. Ich kann sagen, die Regierung leitet den Großen Rath, hauptsächlich mit Hülfe der beiden trefflichen Männer, Hürlimann-Landis und Dr. Rahn-Escher, deren Einfluß immer noch sehr groß ist; nur dann und wann, in untergeordneten Einzelnheiten, haut dieser etwa über die Schnur, weniger aus Leidenschaft als aus Mangel an gereifter Einsicht. Es sind ein paar Meneurs, und zwar Städter, die zum Theil früher für liberal galten, welche, sei es aus beschränkter Ersparungswuth oder aus Fremdenhaß, sei es um sich die Volksgunst zu erhalten, unter der Hand etwa für dergleichen extreme Maßregeln intriguiren, z. B. für Streichung der Straußischen Pension. Sowie aber eine solche Angelegenheit zu offener Discussion kommt, ziehen sie den Kürzern, weil es ihnen an parlamentarischem Talente fehlt und der Große Rath in seiner Mehrheit zu ehrenhaft ist, um sich zu einem solchen Streiche gebrauchen zu lassen. So ist es uns z. B. geglückt, die Frage der sechsjährigen Amtsdauer der Pfarrer- und Lehrstellen indirecte zu beseitigen, und das Gleiche läßt sich mit größter Wahrscheinlichkeit in Hinsicht auf das Pensionengesetz voraussehen; wenigstens wird die Bestimmung, nach welcher von jetzt an keine Pension mehr ins Ausland bezahlt werden sollte, ohne Anders verworfen werden, weil sie die Rechte der bereits

angestellten Professoren verletzt. Hoffentlich ist dieser Gesetzesvorschlag, den Eduard Sulzer[44]) aus guter Absicht, nämlich zu dem Ende gebracht hat, bei der Budget-Discussion die sofortige Streichung der Straußischen Pension zu verhüten (eine Blitzableitungs-Taktik, die ich für höchst mißlich halte und nie billigen könnte), die letzte Erschütterung, welche unsere Hochschule erlitten hat. Im Volksschulwesen werden wir, der Volkspartei gegenüber, unsere conservative Stellung dadurch behaupten, daß wir das christliche Princip mit Loyalität und Consequenz durchführen. Das Neue Testament und der neue Landeskatechismus müssen wieder in die Volksschule, versteht sich, nur in die höhern Classen und mit allen möglichen Vorsichtsmaßregeln wider geisttödtenden Mißbrauch. Unter dieser Ägide, und nur unter dieser, läßt sich auch die intellectuelle Richtung, die sich seit 1831 in unserm Volksschulwesen geltend gemacht hat, erhalten. Im Militärwesen hat die Anstellung Oberst Eduard Zieglers, weit des Tüchtigsten, dem wir das wichtige Commando der gesamten Infanterie anvertrauen konnten, die Volkspartei in hohem Maße befriedigt.

Eine zweite Partei, die der sog. Liberalen, zu denen ich namentlich einen großen Theil der Notabilitäten der Landschaft, besonders aus der industriellen und Beamten-Classe, rechne, blickt zwar fortwährend mit mehr oder weniger Unmuth auf den 6. September und ist gegen die Regierung, und mehr noch gegen den Großen Rath, mit Mißtrauen erfüllt. Mehrere Verhältnisse indessen haben in neuster Zeit dazu beigetragen, diese Männer der herrschenden Ordnung näherzubringen. Fürs Erste der Preßunfug der Brutal-Radicalen, der alle socialen Bande aufzulösen droht und gegen welchen die Regierung fortwährend mit allen verfassungsmäßigen Mitteln einzuschreiten bemüht ist. Zweitens die Überzeugung, welche immer mehr Raum gewinnt, daß es den neuen Behörden mit Erhaltung des Volksschulwesens und der politischen Rechtsgleichheit aufrichtiger Ernst sei. In dieser Hinsicht hat es einen guten Eindruck gemacht, daß man dem Obersten Ziegler den liberalgesinnten und tüchtigen Major Winkler[45]) als Ober-Instructor der Infanterie an die Seite gegeben hat. Auch

---

[44]) Eduard Sulzer (1789—1859), Regierungsrat 1831—1849.
[45]) Inf. Major Jakob Winkler, von Nürensdorf.

scheint es diese Partei gern zu sehen, daß kein Geistlicher und kein Stadtbürger die Seminardirectorstelle erhalten hat, sondern der aus Wädenschweil gebürtige Herr Dr. Bruch[46]), Erzieher in Lausanne, der bei echt christlicher Gesinnung und einem höchst achtungswürdigen Charakter im Rufe politischer Freisinnigkeit steht. Diese Liberalen werden sich der jetzigen Ordnung nach und nach um so eher anschließen, als sie für sich allein keine gewichtige Partei bilden können; sie sind nicht sehr zahlreich, durch den ganzen Canton zerstreut und haben nirgends eine rechte Basis im Volke; in den Behörden hingegen sind sie, wenn auch nur mäßig, repräsentirt, leisten da gute Dienste und genießen verdienter Achtung.

Die grundsätzlichen Radicalen, als deren Organ der Republikaner auftritt, haben sich während der abgetretenen Administration durch ihre Schroffheit und Schonungslosigkeit, zum Theil auch durch Unsittlichkeit, allzu sehr verhaßt gemacht und mehrere von ihnen am 6. September sich allzu sehr compromittirt, als daß sie irgend zu Einfluß gelangen könnten. Die Demonstrationen, die sie etwa machen, sei es mittelst der Presse, sei es durch öffentliche Zusammenkünfte, dienen nur dazu, den Haß der Volkspartei wider sie neu anzufachen. Die Schullehrer, die großen Theils im Dienste dieser Partei stehen, erschweren sich durch die Theilnahme an solchen Demonstrationen ihre Stellung ungemein und verursachen auch dem Erziehungsrathe manchen Verdruß. Am Ende aber werden sie sich doch fügen müssen, weil wir die stärkeren sind und sie keinen Anhaltspunkt im Volke haben.

Gefährlicher sind die Brutal-Radicalen (man könnte sie die Lügenpartei heißen), zu deren Organ sich der Landbote aufgeworfen hat. Diesen ist kein Mittel, Anarchie und Verwirrung zu säen, zu schlecht. Ihre alte Taktik besteht darin, den Haß Winterthurs und der Landschaft gegen Zürich auf jede Weise anzufachen. Ihnen zufolge ist der 6. September ein Machwerk der Aristokratie und des Pfaffenthums, und es war und ist noch auf nichts anders abgesehen, als das Landvolk durch planmäßige Verdummung wieder in schmähliche Fesseln zu schlagen. Alle Erinnerungen von 1795, 1798, 1802, 1804, 1814

[46]) Dr. Heinrich Bruch (1801—1855), Seminardirektor in den Jahren 1840—1846. Früher Vorsteher einer Erziehungsanstalt in Lausanne. Vgl. über ihn Hunziker, a.a.O., S. 42.

werden aufgefrischt[47]), um Mißtrauen zu pflanzen, alle Maßregeln der neuen Behörden bekrittelt, geschmäht, verdächtigt, Thatsachen auf das frechste verfälscht, schmutzige Zoten gerissen, um die Gegner lächerlich zu machen, auflösende Theorien gepredigt, zerstörerische Vorschläge unter das Volk geworfen, wie z. B. Einführung des Veto, Aufhebung der Hochschule, sechsjährige Amtsdauer der Pfarrer und Lehrer u.s.f. Die Bezirksbehörden, in denen viele dieser Leute sitzen, hat man nach dem 6. September trotz des Stürmens der Volkspartei nicht aufgelöst, um Desorganisation zu verhüten. Was sagen nun diese Ehrenmänner? „Seht, es war den Städtern nur darum zu thun, ihre Stühle im Regierungsrath und Obergericht wieder einzunehmen; euch hingegen, euch einfältige Landleute lassen sie sitzen.“ So verhöhnen sie die Christlichgesinnten. In einigen extremen Ansichten treffen diese Leute mit den Meneurs der Volkspartei zusammen, und dies allein macht sie für uns gefährlich. Glücklicher Weise aber sind sie als „Straußen“ dem Volke so verhaßt, daß es nicht gar schwer hält, dieses letztere über die schändlichen Absichten, die solchen Vorschlägen zum Grunde liegen, zu enttäuschen, und die Gemeinheit und Pöbelhaftigkeit der von diesen Leuten ausgehenden Angriffe hat ihnen schon manche der Bessern abwendig gemacht. Ihre Zahl ist im Grunde nicht bedeutend; aber durch ihre Rührigkeit und Schreibseligkeit machen sie einen Lärm, als ob ihrer viele Tausende wären. Sie nisten hauptsächlich in den Bezirkshauptorten, wo die Advocaten und das Schreibervolk der Kanzleien, zum Theil auch das Gerichtspersonal, den Kern der Partei ausmachen. Auch in den Gemeinden zu beiden Seiten der Limmat und namentlich in Winterthur zählen sie viele Anhänger. Dennoch finden sie sich nirgends in Masse, und ich stelle mir vor, daß bei den im Juli bevorstehenden Erneuerungswahlen für die eine Hälfte der Bezirksbehörden ihr Einfluß sich als nicht weitgreifend erweisen werde.

Und so hoffe ich denn zu Gott, es werde uns durch Klugheit und Entschlossenheit gelingen, ein echt nationales, auf

---

[47]) Stäfnerhandel von 1795, Helvetische Republik von 1798, militärische Strafexpeditionen gegen verschiedene Teile der Zürcher Landschaft in den Monaten September und Oktober 1802, Bockenkrieg von 1804, Bewegung unter den zürcherischen Konservativen nach Wiederherstellung der alten Zustände 1814.

Religiosität, Einfachheit, Rechtlichkeit und vaterländische Hingebung gebautes Regierungssystem aufrechtzuerhalten. Sollte diese Idee sich als unausführbar erweisen (was ich zunächst durchaus nicht besorge), so war sie wenigstens „des Schweißes der Edeln werth“ und es ist dann immer noch früh genug, sich zu resigniren und auf eine bessere Zukunft zu verzichten. Ich wenigstens bin entschlossen, für diese Idee Alles einzusetzen.

In Luzern und Aargau herrscht dermalen Stille. Allein vor einem Jahre war es bei uns auch so, von Ostern bis September, und die Radicalen würden sich sehr täuschen, wenn sie gewonnenes Spiel zu haben glaubten. Ihre Macht ist durch und durch unterminirt. Wir in Zürich verhalten uns natürlich ganz neutral. Versöhnung der Parteien ist es, was wir wünschen; einem Umsturze, der den Jesuiten und der Nuntiatur Thür und Thore öffnen würde, sehen wir nur mit Besorgnis entgegen. Das Benehmen des Vororts in der Walliserſache[48]) ist von den Radicalen höchst ungerecht beurtheilt worden. An Aufrechterhaltung von Aristokratie und Pfaffenthum dachte keine Seele. Aber zusehen durfte der Vorort nicht und die Hände in den Schoß legen, während in einem so wichtigen Gränzcanton der Bürgerkrieg aufloderte. Jetzt ist freilich der Ausgang wider die vorörtliche Ansicht, und die haben gesiegt, welche den Vorort und die Repräsentanten verhöhnt und den Landfrieden gebrochen haben. Indessen ist zugleich klar geworden, daß das bisherige Regierungssystem in Ober-Wallis unfähig war, sich durch eigene Kraft zu behaupten, und schon aus diesem Grunde, besonders dann aber um der glücklich abgewendeten Trennungsgefahr willen, kann man seinen Untergang nicht beklagen. Meine feste Überzeugung ist: auch das Regiment der Advocaten und der „Jeune Suisse“ wird nicht von Dauer sein, sondern im Wallis, wie anderswo, binnen ein paar Jahren

---

[48]) Zürich, das 1839 und 1840 eidgenössischer Vorort war, hatte vom September 1839 bis zum April 1840, da die Tagsatzung nicht versammelt war, in den Walliser Wirren zu vermitteln versucht; es wollte durch das Aufgebot eidgenössischer Truppen die liberalen Unterwalliser am Kampfe gegen das Oberwallis verhindern, gelangte aber damit nicht zum Ziel. Die in Sitten versammelte Regierung des Unterwallis teilte dem Vorort am 3. April 1840 ihren Waffenerfolg gegen das konservative Oberwallis mit und legte gegen die eidgenössische Intervention Protest ein. Vgl. G. J. Baumgartner, Die Schweiz in ihren Kämpfen und Umgestaltungen von 1830 bis 1850, II, Zürich 1854, S. 394.

ein eigentlich demokratisches, volksthümliches System aufkommen, ungefähr wie das jetzt in Graubünden herrschende, nur mit größerm Einflusse der Geistlichkeit. Die goldene Zeit der Radicalen, die Einheitsträumereien, die Fremdenhätschelei u.s.f., alles das ist vorüber und könnte nur durch eine neue Revolution in Frankreich, wovor uns Gott behüten wollte, wieder ins Leben gerufen werden.

Herr Bürgermeister von Muralt, schon seit dem 6. September gemüthlich afficirt, hat sich vor einigen Wochen wegen überhandnehmender Nervenreizbarkeit und Hypochondrie von den Geschäften zurückziehen müssen. Schon befand er sich wieder bedeutend besser, als der Ausbruch im Wallis ihn in die frühere Stimmung zurückwarf. Jetzt befindet er sich auf einer Erholungsreise nach Mailand zu seinem Sohne. Daß ihm Bluntschli[49]) unanständig begegnet sei und sein Zustand sich hiedurch verschlimmert habe, ist eine von den Radicalen ausgeheckte Lüge. Reibungen im Geschäftsleben sind natürlich nicht zu vermeiden; wer gemüthlich afficirt ist, fühlt sich durch jede entgegenstehende Ansicht verletzt oder gebeugt: so mußte es denn auch bei Herrn von Muralt vielfach der Fall sein, und es war seinen Collegen oft peinlich genug, dieses wahrzunehmen, und schmerzlich, ihm hie und da widersprechen zu müssen. Darum war es für ihn Gesundheits halber hohe Zeit, sich der Geschäfte zu müßigen. Aber Scenen hat es nie gegeben, und es war nicht ein einzelner Vorfall, sondern die Einwirkung des Arztes, was diesen unerläßlich gewordenen Schritt herbeiführte. Gebe der Himmel, daß eine glückliche Genesung den edeln Mann bald wieder in die Geschäfte zurückführe.

Ein Hauptorgan der Regierung sind jetzt die alle 14 Tage als Beilage zu Bürkli erscheinenden, hauptsächlich unter Eduard Sulzers Direction stehenden „Zürcher Blätter". Wir haben uns an Bürkli angeschlossen, weil sein Blatt, 5500 Abonnenten zählend, weit das gelesenste ist. Überdies wird in jedem Bezirk eine Anzahl Exemplare gratis ausgetheilt. Der Beobachter, unter Bluntschli's Leitung stehend, ist nicht immer gut bedient, hat aber, besonders in einigen Nachbarcantonen, einsichtige Correspondenten.

---

[49]) Johann Caspar Bluntschli (1808—1881), von Zürich, Professor an der Universität, geistiges Haupt der zürcherischen Konservativen, welche 1839 die Macht errungen hatten, Regierungsrat von 1839 bis 1845.

Da mir daran liegt, daß man in Genf unsere Angelegenheiten richtig beurteile, so ist es mir lieb, wenn Sie, mein verehrter Herr und Freund, von diesen meinen Mittheilungen, soweit sie nicht Persönlichkeiten betreffen, an geeignetem Orte Gebrauch machen wollen.

Ich hätte dann noch eine Bitte an Sie. Herr Mallet-d'Hauteville hat mich über ein aus Savoyen gebürtiges armes Ehepaar, das sich lange in Adlischweil aufgehalten hat, um Auskunft gebeten. Nun ist es mir bei meinen gehäuften Geschäften rein unmöglich, ihm umständlicher zu antworten. Dürfte ich Sie nun vielleicht um die Gefälligkeit bitten, mich deshalb bei ihm bestens zu entschuldigen und ihm die beigeschlossene Notiz, die das Ergebnis meiner Nachfragen enthält, zu übergeben? Entschuldigen Sie gütigst meine Zudringlichkeit und die Ihnen verursachte Bemühung.

Mit aufrichtiger Hochschätzung empfiehlt sich in Ihr gütiges Andenken

Ihr freundschaftlich ergebener

F. Meyer.

Wie geht es dem Herrn Schmid in seinem neuen Wirkungskreise? Nach seinen Briefen zu schließen, scheint ihn derselbe sehr anzusprechen.

Viele Empfehlungen von meiner Frau Schwiegermutter und meiner Frau.